



Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Vermessungsarbeiten

Stand 1. Januar 2017

1. Der oder die Ausführende von Vermessungsarbeiten – im Folgenden als «Unternehmer» bezeichnet – verpflichtet sich, die ihm übertragenen Arbeiten gemäss den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften auszuführen.
Der Unternehmer hat für Arbeiten, deren Ausführung weder durch Vertrag noch durch die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften näher bezeichnet ist, die Weisungen der kantonalen Vermessungsaufsicht einzuholen.
2. Der Unternehmer haftet persönlich im Umfang der allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen für die richtige Erfüllung des Vertrags. Er verpflichtet sich, die öffentlichen Interessen zu wahren und niemanden persönlich zu begünstigen.
Informationen, Unterlagen, Daten und Ergebnisse sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen vom Unternehmer weder für eigene Zwecke verwendet werden, noch Dritten ohne ausdrückliche Ermächtigung der kantonalen Vermessungsaufsicht zugänglich gemacht werden.
3. Sobald dem Unternehmer Tatsachen erkennbar werden, welche die vertragsgemässe Erfüllung in Frage stellen können, hat er den Besteller oder die Bestellerin sowie die kantonale Vermessungsaufsicht unverzüglich schriftlich über die Umstände und allfällige von ihm zu erwägende Massnahmen zu benachrichtigen.
4. Dem Besteller oder der Bestellerin sowie der kantonalen Vermessungsaufsicht steht jederzeit ein Kontroll- und Auskunftsrecht über alle Teile des Werkes zu. Die Ausübung dieses Rechts vermag an der Pflicht zu vertragsgemässer Erfüllung nichts zu ändern. Die kantonale Vermessungsaufsicht kann jederzeit Änderungen der vereinbarten Leistungen anordnen.
5. Das Ergebnis der Arbeit (End- und Zwischenergebnis) und das geistige Eigentum daran gehören dem Kanton.
6. Die Übertragung der vertraglichen Arbeiten oder Teile davon an andere Unternehmer bedarf der schriftlichen Zustimmung der kantonalen Vermessungsaufsicht.
Der Unternehmer bleibt jedoch in jedem Fall gegenüber dem Besteller oder der Bestellerin allein verantwortlich.
7. Über den Auftrag hinausgehende Akkord- und Regiearbeiten bedürfen der schriftlichen Zustimmung der kantonalen Vermessungsaufsicht. Die Zustimmung bzw. Genehmigung ist vor Beginn der Arbeiten einzuholen.
8. Der Unternehmer ist verpflichtet, sämtliche Akten, Skizzen, Pläne und Daten sorgfältig aufzubewahren. Er hat sie bis zur Abgabe gegen Schäden aller Art auf eigene Kosten zu versichern; auf Verlangen leistet er hierfür den Nachweis.
9. Der Unternehmer verpflichtet sich, bei den Feldarbeiten Dritteigentum und Kulturen zu schonen. Betroffene Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind vor Beginn der Feldarbeiten durch den Unternehmer – oder auf seine Veranlassung durch die zuständigen Behörden – über Umfang und Dauer der bevorstehenden Arbeiten zu informieren. Vgl. auch Artikel 20 und Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Geoinformation (GeolG, SR 510.62).
10. Werden die vereinbarten Termine nicht eingehalten, kommt der Unternehmer ohne Mahnung in Verzug. Befindet sich der Unternehmer in Verzug, so ist die kantonale Vermessungsaufsicht berechtigt, entsprechende Massnahmen zu treffen.

11. Die Vergütung gilt alle Leistungen ab, die zur gehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere alle Nebenkosten wie Spesen, Sekretariatsleistungen, alle Sozialleistungen und andere Entschädigungsleistungen für Krankheit, Invalidität und Todesfall sowie öffentliche Abgaben.
12. Die Teuerung wird nur nach besonderer schriftlicher Vereinbarung im Werkvertrag berücksichtigt. Ist eine Teuerung vereinbart, so leitet sie sich, sofern nicht anders vereinbart, pro rata temporis aus den Vertragsterminen und den durch das Bundesamt für Landestopografie (Bereich «Geodäsie und Eidgenössische Vermessungsdirektion») offiziell zugestandenen Teuerungen ab. Massgebend sind die Anwendungsfaktoren der Honorarordnung HO33.
13. Will der Unternehmer mit diesem Vertragsverhältnis werben oder darüber publizieren, bedarf er in Ergänzung zu Artikel 22 Buchstabe d der Geometerverordnung (GeomV, SR 211.432.261) der schriftlichen Zustimmung der kantonalen Vermessungsaufsicht.
14. Innerhalb von 10 Jahren seit der Anerkennung des Werkes durch den Bund kann die kantonale Vermessungsaufsicht in Abweichung von Artikel 367 und Artikel 370 OR SR 220 Mängel aller Art jederzeit rügen. Ist eine Anerkennung nicht erforderlich, beginnt die Frist mit der Entstehung des Mangels zu laufen.
Der Unternehmer haftet für alle Mängel, welche die kantonale Vermessungsaufsicht innerhalb dieser Frist rügt.
Der Unternehmer ist verpflichtet, den gerügten Mangel innert einer von der kantonalen Vermessungsaufsicht angesetzten Frist zu beheben. Die Kosten für die Verbesserung des Werkes trägt der Unternehmer. Kommt er dieser Pflicht trotz schriftlicher Mahnung nicht nach, ist die kantonale Vermessungsaufsicht berechtigt, die Arbeiten auf Kosten des Unternehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen.
Ist wegen eines Mangels ein Schaden entstanden, haftet der Unternehmer nach Massgabe von Artikel 368 und Artikel 97 ff. OR SR 220.
15. Soweit im Vertrag nicht anderes bestimmt wird, gelten die Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts.
16. Sieht der Vertrag nichts anderes vor, so sind Streitigkeiten, die aus dem Vertrag entstehen, durch die ordentlichen Gerichte zu entscheiden. Die Parteien anerkennen als Gerichtsdomizil die Vertragsgemeinde bzw. den Kantonshauptort, wenn der Kanton Besteller ist.
17. Änderungen des Vertrags sowie dieser allgemeinen Vertragsbedingungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung der kantonalen Vermessungsaufsicht.
18. Ist die Vertragserfüllung durch den Unternehmer nicht mehr gewährleistet (z.B. infolge Todesfall, Löschung aus dem Geometerregister gemäss Artikel 19 der Geometerverordnung (GeomV, SR 211.432.261), Aufgabe des Geschäftsbetriebes), so ist die kantonale Vermessungsaufsicht verpflichtet, geeignete Massnahmen zu treffen.